



f Elke Kahr

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 17. Oktober 2013

GRAZ KPO informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs



Teure Schullandwochen und Schikurse: Zuschüsse sind notwendig

„In den letzten Jahren kommen immer wieder Eltern zu mir ins Rathaus, die um finanzielle Unterstützung für ihre Kinder ansuchen. Die Kosten für die Teilnahme an Schullandwochen oder Schikursen übersteigen oft die gespannten Familienbudgets“, berichtet KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Natürlich bieten Elternvereine an den Schulen derartige Beihilfen an. „Weil viele Väter und Mütter es aber als höchst unangenehm empfinden, an der Schule selbst um Unterstützung anzusuchen, werden viele Kinder erst gar nicht zu

geplanten Schulveranstaltungen angemeldet“, weiß KPÖ-Bildungssprecher Gemein-



derat **Andreas Fabisch**, selbst Lehrer an einer

höheren Schule. Außerdem gebe es in Graz nicht an allen Schulstandorten Elternvereine, die auch die nötige Mittel für eine solche Hilfe haben.

Neutrale Anlaufstelle

Deshalb beantragte Fabisch, dass eine neutrale Anlaufstelle beim Magistrat



Schullandwochen sind eine wichtige Abwechslung im Unterrichtsalltag

geschaffen wird. Gegen Vorlage eines Verdienstnachweises soll eine entsprechende Beihilfe rasch und unbürokratisch gewährt werden können.

Drohender Anstieg der Mieten

In der Gemeinderatssitzung wurde auf Antrag der KPÖ eine Petition an das Land Steiermark beschlossen, in der eine Verlängerung der Laufzeiten für Wohnbauförderungsdarlehen gefordert wird. „Damit soll sichergestellt werden, dass die Rückzahlungskosten pro m² nicht mehr als 4,50 Euro betragen“, erklärte Wohnungsstadträtin Elke Kahr. „Wir hoffen, dass das Land Steiermark der Aufforderung der Stadt Graz rasch nachkommt. Einkommensschwache Bewohner/innen könnten den drohenden sprunghaften Anstieg bei den Mieten nämlich nicht verkraften!“

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Leiharbeit im „Haus Graz“ **GLB**

Während beim Magistrat selbst nur neun Leiharbeitskräfte (8 davon im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahme „ERfA“) beschäftigt sind, arbeiten bei den Beteiligungen der Stadt insgesamt 78 Leiharbeiter. Dies erfuhr KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** auf seine Frage an VP-Stadtrat Rüscher. Vor allem die Ausgliederungen im Rahmen des Projektes „Haus Graz“ haben diese Form der Beschäftigung erleichtert. Unsichere Arbeitsplätze und Lohndruck – auch für die regulär Beschäftigten – sind die direkte Folge von Leiharbeit. „Das ‚Haus Graz‘ darf nicht

auf Leiharbeit gebaut werden. Wir werden uns dagegen, dass bei den Löhnen gespart wird, während bei den Managergehältern das Füllhorn ausgeschüttet wird“, sagt KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger. Für ihn bleibt Leiharbeit – trotz einiger rechtlicher Verbesserungen – „eine moderne Form der Sklaverei, die einzig der Profitmaximierung und nicht sozialer Verantwortung dient.“



Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat am 17. Oktober 2013

Alle Initiativen im genauen Wortlaut finden Sie unter www.kpoe-graz.at/gemeinderat

Vorgärten erhalten!

„Vorgärten verschönern unser Stadtbild und sind eine wohltuende Abwechslung für die Menschen in unserer Stadt“, betonte KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr** und beantwortete damit eine Frage der Grünen-Fraktion im Gemeinderat. Die Stadträtin setzt sich dafür ein, dass die Vorgärten erhalten bleiben. Manchmal muss die Bau- und Anlagenbehörde ein

Machtwort sprechen, damit die Vorschriften eingehalten werden. „Dies ist rechtlich aber nur in der Schutzzone möglich“, so Kahr. Sie regte in der Gemeinderatssitzung daher eine Änderung des steiermärkischen Baugesetzes an, um die Erhaltung schützenswerter Vorgärten in der ganzen Stadt zu gewährleisten.

Buslinie 63

Anstelle der Haltestelle Rudolf-Hans-Bartsch-Straße soll künftig das Schulzentrum St. Peter als Endhaltestelle für den 63er dienen. Welche Maßnahmen es geben wird, um den Grazer Südosten an den öffentlichen Verkehr besser anzubinden, wollte Gemeinderat **Manfred Eber** von Verkehrstadtrat Eustacchio (FP) wissen. „Das Gebiet ist gut erreichbar und erschlossen“, meinte Eustacchio und berief sich dabei auf Auskünfte der Holding. „Für den stark wachsenden Bezirk St.

Peter ist diese Auskunft ein Schlag ins Gesicht“, so Eber. Die Holding ist es auch, die meint, eine verkürzte Linienführung beim 63er sei deshalb notwendig, weil nur so der Einsatz von Gelenkbussen möglich werde. Wie der gleiche Gelenkbus künftig von der Leechgasse in die Merangasse oder von der Heinrichstraße in die Goethestraße kommen soll, bleibt offen.



Beste Strategie: Gratis-Kindergarten

Mit den Stimmen aller Parteien wurde die Erste Bildungsstrategie für die Stadt Graz beschlossen. In dem Papier geht es um



Rahmenbedingungen für den Bildungsstandort Graz. Einen Punkt

vermisst Gemeinderat und KPÖ-Bildungssprecher **Andre Fabisch** jedoch: „Die beste Vorbereitung für das Leben ist der Gratis-Kindergarten. Er muss schnellstmöglich wieder eingeführt werden.“ Aus budgettaktischen Gründen wurde er von der rot-schwarzen Landesregierung 2011 abgeschafft.

Frischluft-Ticket

2010 war die sog. „Frischluftticket“-Aktion ein guter Anreiz, um in der Feinstaubsaison auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Binnen kürzester Zeit waren die 5000 ermäßigten Zeitkarten vergriffen. Bei einer Neuauflage im letzten Jahr war nur eine stark eingeschränkte Version dieses Tickets zu haben. KPÖ-

Gemeinderat **Christian Sikora** beantragte daher, „ein Frischluftticket, das der Bevölkerung dauerhaft und in uneingeschränkter Form zur Verfügung steht“, (Sikora) in das bestehende Tarifsystem der GVB aufzunehmen.



Lebendige Flohmarktkultur

Wer öfter als viermal jährlich am Flohmarkt steht, ist laut Marktordnung bereits „gewerbetreibend“.

Wenigstens Mindestrentner/innen und Sozialhilfeempfänger/innen sollten von dieser strengen Regelung ausgenommen werden, denn: „Wer schon einmal eine Wohnung ausgeräumt oder gut erhaltene Kinderkleidung zum Verkauf angeboten

hat, weiß, dass an vier Terminen im Jahr meist nicht alle Dinge angebracht werden können“, begründete KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** Ihren Vorstoß im Gemeinderat.



Bahnhofsklo Don Bosco

Schon Jahre warten die Grazer/innen und zahlreiche Pendler/innen auf die Installation einer Toilettenanlage beim zweitgrößten Bahnhof in Graz. „Für die Menschen ist es nicht maßgeblich, wer die Toiletten finanziert, sondern dass welche vorhanden sind“, betonte

KPÖ-Gemeinderätin **Ina Bergmann**. In ihrem Antrag forderte sie, dass die Stadt Graz unverzüglich Vorsorge im Budget trifft und mit Land Steiermark und ÖBB in Verhandlungen tritt.



Psychotherapie auf Krankenschein

Burnout, Depressionen und andere psychische Erkrankungen nehmen zu. Rund 250.000 Menschen in Österreich leiden unter schweren psychischen Störungen. Die kassenfinanzierte Psychotherapie ist zwar gesetzlich vorgeschrieben. Einen derartigen bundesweiten Vertrag gibt es allerdings seit



1992 nicht mehr. Der in der Steiermark gewährte Kassenzuschuss ist in den vergangenen 20(!) Jahren nie erhöht worden. Deshalb beantragte KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**, dass die Psychotherapie auf Krankenschein für alle Betroffenen endlich umgesetzt wird. ÖVP und FPÖ stimmten gegen den Antrag.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (17. 10.2013)

- ⇒ Projekt Stadtfilmer/in, Antrag von Gemeinderätin Christine Braunersreuther
- ⇒ Gehsteig und Fußgängerübergang Wetzelsdorfer Straße, Anfrage an den Bürgermeister von Gemeinderat Manfred Eber
- ⇒ Ausweitung des Nightline-Angebotes, Antrag von Gemeinderat Kurt Luttenberger
- ⇒ Gedenktafel für die ermordeten Opfer des Lagers V in Liebenau, Antrag von Gemeinderat Andreas Fabisch



Elke Kahr. KPÖ
Tel. 0316 / 71 24 79
www.kpoe-graz.at